

Friedemann Kunz, Geschäftsführer von Scanhaus Marlow

Was den Hausbau bremst

Fragt man Friedemann Kunz, den Chef von Scanhaus Marlow, nach den lähmenden Auswüchsen der Bürokratie, zählt er gleich eine ganze Palette an Themen auf. Was ihn besonders umtreibt, sind die Vorschriften im für ihn wichtigsten Feld: dem der Bauordnungen und Förderrichtlinien.



Friedemann Kunz

Insbesondere die fehlende Einheitlichkeit stört den Fertighaushersteller. Es gebe „sechzehn verschiedene Landesbauordnungen, die sich in vielen Punkten unterscheiden“, sagt Kunz. Die Landesbauordnungen würden von den Landkreisen zudem unterschiedlich ausgelegt, auch gebe es keine einheitlichen Bearbeitungszeiten für die Bauanträge. „Die vorgegebene Bearbeitungszeit wird oft auch dadurch verlängert, dass die Anzeige von Nachforderungen erst kurz vor Ablauf der Bearbeitungszeit erfolgt.“ Nach dem Nachreichen der Restunterlagen beginne die Bearbeitungsfrist dann noch einmal von vorn.

Darüber hinaus seien zu viele Behörden beteiligt, was die Prozesse verlangsamte: „Bauamt, Umweltamt, Verkehrs-

behörde, Prüfstatiker, Brandschutzprüfer und viele mehr.“

Weiter gehe es mit der KfW-Förderung. „Informationen über endgültige Förderrichtlinien kommen viel zu spät, und es gibt keine ausreichenden Übergangsfristen, sodass Unternehmen und Bauherren sich auf Änderungen nicht rechtzeitig einstellen können“, so Kunz. Diskussionen über Änderungen würden die Bauherren verunsichern, die dann eher „abwarten, statt zu investieren“.

Wenn dann neue KfW-Förderrichtlinien in Kraft treten, seien die Voraussetzungen für die erforderlichen Nachweise vielfach zunächst nicht klar. Ein Beispiel sei das Qualitätssiegel Nachhaltiges Gebäude. Anbieter der Software für die Nachweise könnten diese oft nicht „rechtzeitig und inhaltlich richtig zur Verfügung stellen“.

Dies seien nur „einige Beispiele“, sagt Kunz. Hinzu kämen Regulierungen im Personalwesen. So seien gesetzlich versicherte Arbeitnehmer seit Anfang 2023 nicht mehr dazu verpflichtet, ihre Krankschreibung an den Arbeitgeber weiterzuleiten. Letzterer müsse die Daten bei der Krankenkasse abrufen. Dies dauere bis zu zwei Tage und habe Auswirkungen auf die Einsatzplanung im Unternehmen. okai.

Andrea Thoma-Böck, Geschäftsführerin Thoma Metallveredelung

Unattraktiv für den Nachwuchs

Andrea Thoma-Böck ist eine Frau der klaren Worte. Es sei doch längst nicht mehr nur ein Gefühl, sondern eine Tatsache, dass Unternehmen in Bürokratie „ersticken und durch die ständig zunehmende und ausufernde Regulierungswut buchstäblich in Fesseln gelegt werden“, sagt sie. Schon heute sei die unternehmerische Handlungsfreiheit so stark eingeschränkt, dass die Wettbewerbsfähigkeit des Mittelstandes darunter leide.



Andrea Thoma-Böck

Thoma-Böck führt seit dem Jahr 2004 gemeinsam mit ihrer Schwester in dritter Generation das Familienunternehmen Thoma Metallveredelung. Im Betrieb in Heimertingen in Bayern werden Teile für Branchen wie die Automobilindustrie, den Maschinenbau und die Verpackungsindustrie mit Metall beschichtet. Die zunehmende Bürokratie und der „Regulierungswahnsinn“ führen laut Thoma-Böck sogar dazu, dass Familienunternehmen keine Nachfolger mehr

finden. „Wer will sich nach der Ausbildung vor allem mit Behördenformularen herumschlagen?“, fragt sie. Die junge Generation würde sich ihre unternehmerische Freiheit nicht nehmen lassen, ihr stehe die Welt offen, sagt sie. Nur landen die Jungen dann eben nicht in den Familienunternehmen. Sie kenne sogar viele Unternehmer und Unternehmerinnen aus dem Mittelstand, die aufgrund der vielen Vorschriften schon selbst keine Lust mehr auf ihre Arbeit hätten. „Das ist eine dramatische Entwicklung.“

Wenn Thoma-Böck eine Verordnung ändern könnte, dann wäre es REACH, die europäische Chemikalienverordnung zur Registrierung, Bewertung, Zulassung und Beschränkung chemischer Stoffe. Das Gesetz sei „so mächtig und mit so vielen Webfehlern behaftet“, dass es dringend eine Überarbeitung benötigte. Stattdessen droht den Unternehmen derzeit aber eine Verschärfung durch das Verbot einer Gruppe von Chemikalien, der sogenannten PFAS. Das, was hier im Zuge des Green Deals passiert, bezeichnet Thoma-Böck als nächsten „Tsunami“ für die Unternehmen. „Das ist fernab jeder Realität.“ sdi.

Jonas Rieke, Mitgründer des Softwareanbieters Personio

Arbeitsverträge bitte ausdrucken

Jonas Rieke ist angetreten, um die Personalabteilungen des Mittelstandes zu digitalisieren. Er ist Mitgründer von Personio. Das Unternehmen entwickelt Software, die Personalmanagement-Prozesse für kleinere Unternehmen vereinfacht oder automatisiert. Aber manches ist einfach nicht zu digitalisieren – weil der Staat es nicht will. Riekes aktuell größter Feind trägt den Namen „Nachweisgesetz“.



Jonas Rieke

Das Gesetz schreibt Unternehmen vor, ihren Mitarbeitern wesentliche Bedingungen des Arbeitsvertrags schriftlich zur Verfügung zu stellen. Im August letzten Jahres hat die Bundesregierung das Gesetz aufgrund einer EU-Richtlinie reformiert. Nun müssen zusätzliche Angaben dokumentiert werden, etwa zur Überstundenvergü-

tung oder den Ruhezeiten. Der Nachweis „in elektronischer Form“ ist aber ausgeschlossen. „Die Formulierung unvergänglich von 1995 ist“, sagt Rieke. Klar, eine transparente Beschäftigung zu fördern sei eine gute Absicht. Dass das verpflichtend in Papierform erledigt werden muss, versteht Rieke aber nicht: „Der Mehraufwand ist gerade in kleinen und mittelständischen Unternehmen aufgrund eingeschränkter Kapazitäten sehr hoch“, sagt er. Die EU hatte die digitale Variante ursprünglich sogar ausdrücklich erlaubt.

„Im internationalen Wettbewerb um Fachkräfte und im digitalen Vergleich wirft uns das Nachweisgesetz zurück“, sagt Rieke. Änderungen sind aktuell nicht in Sicht. Und so muss das junge Softwareunternehmen seinen Kunden weiterhin mitteilen, dass es ihnen für diesen Prozess zwar eine digitale Lösung zur Verfügung stellen könnte – aber nicht darf. maxs.

Die hohe Inflation hat das Leben der Deutschen noch immer im Griff. Wer etwa am Samstag über den Wochenmarkt schlendert, bekommt das mit der Quittung für Obst und Gemüse schmerzlich zu spüren. Viele Bürger müssen deshalb den Gürtel etwas enger schnallen oder zumindest spitz rechnen mit ihren Ausgaben. Wie schön, wenn andere sich in diesen Zeiten noch etwas gönnen können. Zum Beispiel die Bundesregierung. Während Finanzminister Christian Lindner einerseits das große Spardiktat ausgerufen hat, langten einige seiner Kabinettskollegen in dieser Woche noch mal richtig zu und leisteten sich mal eben – Tusch! – eine neue Chipfabrik in Dresden. Wer hat, der hat.

MANCHMAL SCHREIBT das Leben ja schon lustige Zufälle. Der Bundeskanzler Olaf Scholz ist gerade einmal den zweiten Tag nach seinem Urlaub wieder im Amt zurück, da gibt es auch schon frohe Kunde für den in der Wirtschaftspolitik unter mächtigem Druck stehenden Sozialdemokraten zu verkünden: Der taiwanische



Auf einen Espresso

Chip, Chip, hurra!

Von Sven Astheimer



Foto ddp

Deutschlands lähmende Bürokratie

Erst Rezession, dann Stagnation: Die deutsche Wirtschaft steckt in der Krise. Neben den gestiegenen Zinsen, den hohen Energiekosten und der schwachen Weltwirtschaft ächzen die Betriebe auch unter einem Wust an Vorschriften und langen Verfahren in den Behörden. Nun mehren sich die Forderungen nach einem Bürokratieabbau. Aber wie sollte der aussehen? Hier berichten Unternehmerinnen und Unternehmer, womit sie sich tagtäglich rumschlagen – und welche Erleichterung sie sich am meisten wünschen.

TSMC-Konzern will nämlich in Dresden eine hochmoderne Chipproduktion errichten. Das haben die Asiaten nach intensiven Verhandlungen mit Stadt, Land, Bund und mit sich selbst am Dienstag verkündet. Damit wird die Elbmetropole endgültig zum Halbleiterzentrum Europas, schließlich produzieren hier auch schon heimische Wettbewerber wie Bosch und Infineon, die nun auch Partner von TSMC werden. Chip, Chip, hurra!

DER PARALLEL DURCH Brandenburg tourende Kanzler war sichtbar glücklich über die Entwicklung und sprach gewohnt norddeutsch-euphorisch von wichtiger „Resilienz von Produktionsstätten in der ganzen Welt“, die nun geschaffen werde. Aha! Für diese neue Sicherheit griff der Kanzler denn auch tief in die Taschen seiner Spenderhose: Von den geplanten Investitionen in Höhe von rund 10 Milliarden Euro wird der deutsche Staat die Hälfte in Form von Subventionen übernehmen. Anteilig ist das sogar noch mehr als der Zuschuss von fast 10 Milliarden Euro für den Bau des Chipwerks von Intel

in Magdeburg. Und wie zu hören ist, sind die Verhandlungen über die endgültige Höhe der Zuschüsse mit TSMC noch gar nicht final abgeschlossen. Da geht bestimmt noch was, liebe Steuerzahler – zu Euren Ungunsten natürlich.

JA, JA, MAN KANN die Kritiker schon wieder hören: 5 Milliarden Euro, da muss manch einer lange für arbeiten gehen. Und was hätte man damit nicht alles sonst noch Schönes machen können: Schulen, Kitas, Züge, Brücken oder neue Sozialleistungen! Doch Schluss jetzt mit der Dauernörgerei, eine sichere Zukunft hat halt auch ihren Preis. Wir haben ja während der Pandemie gesehen, wie schwierig Digitalisierung werden kann, so ohne Speicherchips. Sogar Autos mit handverstellbaren Außenspiegeln mussten zeitweise wieder gebaut werden – sieht so etwa die Zukunft aus? Die Bundesregierung hat eben einen Plan für die Wirtschaft, also für eine Planwirtschaft. Und nicht zuletzt profitiert ja der Osten davon: Bis zu 2000 direkte Arbeitsplätze könnten entstehen, ganz zu schweigen

Carolyn Kleinert, Gründerin von Footprint Technologies

Hürdenlauf für Start-ups

Wenn Carolyn Kleinert und ihre zwei Mitgründer frisches Geld von Investoren einsammeln, währt die Freude nur kurz. Denn eine neue Finanzierungsrunde bedeutet für das Gründungstrio des Start-ups Footprint Technologies, dessen Software Kunden beim Auswählen der richtigen Schuhgröße in Online-shops hilft, vor allem eins: Arbeit.

Die Gründer müssen von bis zu zehn Investoren einen Auszug aus dem Transparenzregister, eine Selbstauskunft zum Geldwäschegesetz und gegebenenfalls einen Handelsregisterauszug einsammeln. Die Dokumente geben sie dann beim Notar ab, der sie überprüfen muss, bevor sie ans Handelsregister gehen. Bis das meist dringend benötigte Geld auf dem Konto des jungen Unternehmens ist, dauert es sechs bis zehn Wochen. Und wenn im Jahr darauf eine neue Finanzierung ansteht, beginnt das Spiel von vorne – denn die Dokumente bleiben nicht gültig. Im Zweifel füllen dieselben Investoren die gleichen Formulare noch mal

aus. „Wir haben gerade eine Finanzierungsrunde abgeschlossen“, sagt Kleinert, „und mein Mitgründer rennt seit drei Wochen wegen Sonderfällen den Dokumenten hinterher.“

Eine große Entlastung wäre für Kleinert schon die Möglichkeit digitaler Unterschriften. Vor allem für ausländische Geldgeber würde das den Prozess vereinfachen. „Aber da ist es bislang nicht geregelt, ob das Handelsregister die akzeptiert.“ In Österreich ist so eine digitale Unternehmensbeglaubigung beim Online-Notar möglich. Noch besser wäre es natürlich, sagt Kleinert, wenn die Register eine digitale Übersicht für jeden Investor hätten. „Die meisten investieren ja nicht nur in ein Start-up, sondern in mehrere.“ Dann müsste jedes Dokument nur einmal eingereicht und bei Bedarf zentral abgerufen werden. maxs.



Carolyn Kleinert

Tilman Frank, Gründer und Geschäftsführer von Talent Orange

Wie man Fachkräfte abschreckt

Dürfte Tilman Frank sich etwas wünschen, dann wäre es, dass in Deutschland eine einzige Behörde für Fachkräfte aus Ländern außerhalb der EU zuständig ist. Heute muss sich Frank, der mit seinem Unternehmen Talent Orange Erzieherinnen und Pflegefachkräfte aus Lateinamerika, Asien und Namibia für Kliniken und Kitas anwirbt, hingegen mit vier verschiedenen Stellen herumschlagen: den Visastellen im Ausland, den kommunalen Ausländerbehörden, der Bundesagentur für Arbeit und – für die Anerkennung der Berufsabschlüsse – mit den Regierungspräsidien.

Das Problem sei, dass jede einzelne Behörde Wochen, manchmal Monate brauche, erzählt Frank. Bevor ein Amt nicht entschieden habe, beginne das nächste nicht mit der Arbeit. Teils gingen beglaubigte Dokumente in der Post verloren und müssten neu geschickt werden. Das sei „niemandem zu vermitteln“, sagt Frank. „Es geht hier um Menschen, die ihren Job aufgeben haben, um in Vollzeit Deutsch zu lernen, und die dann monatelang darauf warten müssen, dass sie einreisen und arbeiten dürfen.“ Auch für die Arbeitgeber erschwerten die langen Verfahren die Personalplanung.

Hinzu komme, dass die Bundesländer, die Kommunen, teils sogar die

Sachbearbeiter innerhalb einer Behörde unterschiedlich entschieden, sagt der Frankfurter Unternehmer. Er erzählt von einem Beispiel aus der jüngeren Vergangenheit: Zwei Hebammen aus Brasilien hatten in ihrer Heimat zunächst Pflege bis zum Bachelor studiert und dann ein zweijähriges Aufbaustudium in Geburtshilfe und Neugeborenenkrankenpflege drangehängt. Die zuständige Behörde in Baden-Württemberg wollte zunächst nur die Anerkennung als Pflegekraft bescheinigen – denn das stand auf dem ersten Universitätsabschluss –, nicht aber die als Hebamme. Dass es den alleinigen Abschluss zur Hebamme in Brasilien nicht gebe, sei ignoriert worden, sagt Frank. Schlimmer noch: Aus Hessen habe sogar schon ein vollständig geprüfter Anerkennungsbescheid vorgelegen, doch auch das zählte nicht. Erst nach mehreren erklärenden Briefen und vielen nachgereichten Dokumenten klappte es kürzlich doch. Eine der beiden Hebammen hat aber inzwischen das Interesse verloren. bee.



Tilman Frank

Torsten Herrmann, Geschäftsführer bei Hehne

Mühe mit dem Lieferkettengesetz

Die Vorstellung eines globalen Arbeitsstandards findet Torsten Herrmann gut. Doch durch das deutsche Lieferkettengesetz werde es den Unternehmen aufgebürdet, diesen umzusetzen, kritisiert er. Als Beispiel nennt der Geschäftsführer des Autozulieferers Hehne GmbH & Co. KG Kunststoffgranulat, das aus ganz vielen Chemikalien bestehe. So würden etwa Additive zur Wärmestabilisierung ausschließlich in Asien hergestellt. Und diese Lieferanten arbeiteten mit eigenen Lieferanten aus der ganzen Welt.

„Ich habe keinen Einfluss darauf“, sagt Herrmann, dessen Unternehmen vor allem Bauteile aus Kunststoff herstellt. Trotzdem müsse er Mitarbeiter abstellen, um alle Lieferanten anzuschreiben, die dann eigentlich ihre Lieferanten ansprechen müssten, um dann alle Antworten zusammenzutragen – wenn sie überhaupt welche bekommen. Lieferanten von Lieferanten könne er aber nicht zu Standards zwingen. Die Bundesregierung müsste eher selbst auf Länder zugehen und sich darum kümmern, die Arbeitsbedingungen zu verbessern, „als

die Verantwortung jedem Unternehmen aufzulasten“, sagt Herrmann, der auch Präsident der Industrie- und Handelskammer Südtüringen ist.

Auch innerhalb der Unternehmen sind neue Regulierungen hinzugekommen: Seit Juli müssen Firmen ab 250 Mitarbeitern wegen des Hinweisgeber-schutzgesetzes eine Meldestelle einrichten, an die sich Arbeitnehmer wenden können, um Missstände aufzudecken. Nun könne sich jeder über alles beschweren, der Wahrheitsgehalt oder die Verhältnismäßigkeit werde nicht überprüft, kritisiert Herrmann. „Das öffnet Tür und Tor.“ Er sehe den Handlungsbedarf nicht, wofür gebe es denn das Arbeitsrecht oder die Personalabteilung? „Das finde ich so eine Überregulierung“ – und um die Konsequenzen müsse sich das Unternehmen allein kümmern. cbs.



Torsten Herrmann